

Das Profil der CDU

Das Konzept Dr. Hecks für das nächste Jahrzehnt Parteiarbeit

Das Geschäftsführende Präsidialmitglied der CDU, Bundesminister Dr. Heck, skizzierte vor den Delegierten der nordwürttembergischen CDU sein Konzept zur Aktivierung der Parteiarbeit. Dieses Konzept, das neben einer Verbesserung der Führungsstruktur und einer stärkeren Beteiligung der verschiedenen Parteigremien vor allem eine intensivere Mitwirkung der Mitglieder an der politischen Willensbildung vorsieht, soll das Profil der Union im kommenden Jahrzehnt formen.

Bundesminister Dr. Heck, dessen Rede vor dem CDU-Landesparteitag in der letzten Ausgabe dieses Informationsdienstes angekündigt wurde, erklärte in seiner grundsätzlichen Rede u. a.:

„Wenn in unseren Reihen immer wieder von Reform die Rede ist, dann sind damit nicht die Grundüberzeugungen der Union angesprochen, sondern es ist der Dialog dieser Grundüberzeugungen mit den neuen Verhältnissen, mit den Verhältnissen unserer ausgebauten industriellen Gesellschaft, mit den Verhältnissen unserer modernen Wohlstandsgesellschaft gemeint. Aber als Fundament bleiben wir eine Union der Konfessionen, bleiben wir eine Union der Landschaften, bleiben wir die große deutsche Volkspartei, die die Sozialdemokraten ja erst werden wollen. Aber die Verhältnisse sind heute anders, als sie 1945 waren. Unsere Zeit lebt nicht mehr so sehr aus den Erlebnissen und Erfahrungen der Zeit zwischen 1933 und 1945, unsere Zeit ist sehr stark der Gegenwart, den Aufgaben, den Fragen zugewandt, mit denen wir es zu tun haben.“

Ich habe nicht die Absicht, hier, wo es darum geht, darzulegen, wie die Partei aktiviert werden könnte, groß über neue Programme zu sprechen, nur über eines müssen wir im klaren sein, wenn wir die Partei aktivieren wollen — und nicht nur oben —, wenn wir die Mitglieder unserer Partei mobilisieren wollen, dann müssen diese Mitglieder über Grundsatzklärungen hinaus konkret wissen, für welches Konzept sie engagiert und mobilisiert werden sollen, für welches Konzept einer konkreten Politik für die nächsten Jahre, ja ich möchte sagen, für das nächste Jahrzehnt.

Ich habe ein diesbezügliches Konzept dem Präsidium vorgetragen. Es ist im großen ganzen ausführlich diskutiert und

gebilligt worden. Ich möchte es nur in wenigen Strichen darlegen und sagen, wie wir uns vorstellen, daß dieses Konzept der politischen Arbeit der Union, das das nächste Jahrzehnt bestimmen soll, in jedem Ortsverband mitberaten und dann auch mitgetragen werden soll. Wir haben eine erste große Beratung gehabt über dieses Thema im Kreise von etwa einem

Dutzend jüngerer Abgeordneter. Bisher sind wir zu folgendem Ergebnis gekommen. Wir meinen, daß wir unserem Volke klar und deutlich sagen müssen, daß das, was wir an innerer Ordnung hier schaffen, nicht eine Sache ist, die lediglich der Bequemlichkeit dienen soll, sondern daß das, was wir die innere Ordnung nennen, einen konkreten Bezug auf unsere politische Lage in Deutschland und auf die politische Lage in der ganzen Welt hat.

Was charakterisiert unsere Lage? Es ist doch die Teilung Deutschlands, die Tatsache, daß jenseits der Demarkationslinie eine kommunistische Minderheit eine Gesellschaftsordnung aufzwingt, die weltweit angetreten ist, um sich die ge-

Fortsetzung Seite 2

Im Interesse des Landes

CDU in Nordrhein-Westfalen zur Regierungsbildung bereit

In der kommenden Woche wird es in Düsseldorf zu einer Kampfabstimmung zwischen dem bisherigen Ministerpräsidenten Dr. Franz Meyers und dem Oppositionsführer Heinz Kühn kommen. Die CDU-Fraktion des neugewählten Landtags Nordrhein-Westfalens beschloß am Dienstag mit großer Mehrheit, die bisherige Koalition mit der FDP fortzusetzen.

Von den 85 anwesenden CDU-Abgeordneten stimmten 63 für diese Lösung.

Die Fraktion hat sich diese Entscheidung nicht leicht gemacht. Zwei Tage lang war der ganze Fragenkreis in intensiven Beratungen ausdiskutiert worden. Den Ausschlag gab, wie der CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Lenz nach der Sitzung erklärte, daß die Mehrheit der Fraktion die Ansicht vertritt, die Regierung Meyers habe „in den vergangenen vier Jahren erstklassige Arbeit geleistet“. Diese Arbeit solle auch in Zukunft weitergeführt werden. Diese Ansicht findet ihre Bestätigung in der Tatsache, daß Dr. Meyers in geheimer Abstimmung einstimmig zum Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten gewählt wurde.

In der CDU Nordrhein-Westfalens spielte die Überlegung eine bedeutsame Rolle, daß eine Sozialdemokratische Minderheitenregierung mit den anstehenden

Problemen nicht fertig würde. Sie wäre als Regierung ohne Mehrheit eine Regierung „auf Abnuf“. Nachdem die Bundesregierung in den vergangenen Jahren für das Ruhrgebiet entscheidende Hilfen bewilligt hat, besteht auch kein Anlaß, daß ausgerechnet ein SPD-Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen die Erfolge dieser Politik in den kommenden Jahren für sich verbucht.

Die Mehrheit der neuen Regierung im Parlament ist gewiß nicht groß. Entscheidend aber ist, daß sich die Strukturprobleme im größten Bundesland nur in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit der Bundesregierung bewältigen lassen. Die CDU drängt sich nicht nach dieser schwierigen Aufgabe. Im Interesse des Landes ist es aber notwendig, daß Franz Meyers das von ihm begonnene Werk fortsetzen kann. Dann werden auch die Wähler des Landes zwischen Rhein und Ruhr die konsequente Politik der CDU gutheißen.

Das Profil der CDU

Fortsetzung von Seite 1

sante Welt zu unterwerfen. Daß, was die weltpolitische Problematik seit 1945 ausmacht, ist doch hier bei uns in der deutschen Lage unausweichlich zum Auftrag gestellt. Was ist und was meint diese Gesellschaftsordnung! Es ist die Gesellschaftsordnung des Kommunismus, es ist die eigentumlose Gesellschaftsordnung, die den Menschen als Person nicht anerkennt. Das ist die große Herausforderung. Die Verteidigungsmaßnahmen sind gut. Aber unter diesem Schirm des militärischen Schutzes geht es darum, daß wir auf diese Herausforderung auch unsere Antwort erteilen und unsere Antwort kann und muß lauten: eine freiheitliche Gesellschaftsordnung auf der Basis des Eigentums und bezogen auf den Menschen als Person.

Ich will nur eines dazu sagen: wir sind der Überzeugung, daß auf der Basis der Sozialen Marktwirtschaft, für die wir heute alles tun, um Stabilität von Währung und Wirtschaft zu erhalten künftig die Gemeinschaftsaufgaben wesentlich ausgebaut werden müssen.

Führungsstruktur straffen

Zum anderen aber muß unsere Gesellschaftspolitik auf drei Säulen ruhen, das ist die Bildungspolitik, und zwar umfassend verstanden, nicht nur als öffentliches und privates Schul- und Unterrichtswesen, sondern alles, was zur Erziehungs- und Bildungsarbeit außerhalb der Schule und auch der Erwachsenen ansteht.

Wir haben die Absicht, so wie das Konzept griffig durchleuchtet und durchformuliert ist, es auf der Ebene der Landesverbände ein zweitesmal zu diskutieren und dann in jedem Kreisverband. Deswegen habe ich etwa 30 jüngere Abgeordnete gebeten, sich zur Verfügung zu stellen; denn wir brauchen, wenn wir 250 Kreise daran beteiligen wollen, diese Mannschaft, die bereit ist, diese Arbeit in den nächsten Jahren mitzutragen; sie wird wenigstens das Jahr 1966 und 1967 ausfüllen.

Die Union der ersten zehn Jahre war auch eine Union Konrad Adenauers und es ist keine Frage, daß er mit seiner Autorität in mancherlei die Funktionsfähigkeit und die Funktion der Führungsorgane der Partei eingeschränkt hat. Es ist eine wichtige Aufgabe, daß das Präsidium unmittelbar nach dem Parteitag seine Arbeit aufgenommen hat und seither eigentlich kontinuierlich mit voller Besetzung auch gearbeitet hat. Aber es ist eine unserer Aufgaben, die Führungsorgane der Partei in Funktion zu bringen. Nicht nur das Präsidium, sondern auch den Parteivorstand, auch den Parteiausschuß, auch die Fachausschüsse. Wir haben von vornherein für dieses Jahr beschlossen, und wir werden in den kommenden Jahren so verfahren, daß die Sitzungstermine auch für den Parteivorstand festgelegt werden, damit es nicht so aus Versehen passiert, daß ein halbes Jahr lang keine Sitzung stattfindet und daß die Termine auch rechtzeitig freigehalten werden können. Die Fachausschüsse, und von hier aus muß einiges Leben in den Parteivorstand und in den Parteiausschuß

kommen, sollen künftighin Aufträge bekommen, die mit der Fraktion abgesprochen sind, d. h. Aufträge, die für die Gesetzgebungsarbeit in den Jahren 1968, 1969 benötigt werden. Die Fachausschüsse müssen am Schluß die Lust an der Arbeit verlieren, wenn sie ihr Bemühen, ihre Arbeit nicht einmünden sehen in die politische Entscheidung.

Danach ist zu überlegen, welche Möglichkeiten wir haben, die Parteiarbeit insgesamt diesem Ziel der Union entsprechend einzuordnen. Es gibt vielerlei Definitionen darüber, was eine Partei zu leisten hat. Sicher ist es eine der ersten Aufgaben, ein Programm zu konzipieren. Aber, um handlungsfäh zu sein, braucht eine Partei auch Menschen, und zwar Menschen, die sich engagieren, Persönlichkeiten, die sich für diese Partei, für die Aufgaben dieser Partei, für die Wirklichkeit der Demokratie in unserem Lande einsetzen. Eine der wichtigsten Aufgaben ist die Personalpolitik, aber ich meine nicht die Personalpolitik, die sich darauf beschränkt, Stellen zu vermitteln, sondern ich meine eine andere Form der Personalpolitik. Denn es ist und bleibt eine der wichtigsten Aufgaben einer Partei, das Präsentieren von Mitbürgern, die willig und bereit sind, öffentliche Ämter zu übernehmen. Zudem sind ja auch zahlreiche Ämter in der Partei zu besetzen. Obwohl die CDU immer als eine Partei mit einer großen Fülle von Persönlichkeiten anerkannt wurde, hat sie doch bisher, man könnte sagen gerade deshalb, eine systematische Personalpolitik vermieden. Personalpflege und Personalförderung

Bessere Öffentlichkeitsarbeit

Zur Mitwirkung an der Willensbildung des Volkes gehört heute eine planmäßige und systematische Öffentlichkeitsarbeit. Ist im Grundsätzlichen, im Angebot von Leuten und vor allem in den Sachentscheidungen die zu verantwortende Politik erarbeitet worden, dann ist es heutigentags demokratische Pflicht, der gesamten Öffentlichkeit diese Politik zu erklären und zu erläutern. Und dazu bedarf es eines ständigen, planmäßigen und freimütigen Gesprächs mit den meinungsführenden Teilen des Publikums. Zu den Merkmalen der modernen industriellen Verbrauchergesellschaft gehören ihre Differenzierung und damit ihre Unübersichtlichkeit, aber ebenso das spezifische Leistungs- und Erfolgserlebnis. Unbekannte Leistungen bleiben in einer rationalisierten Gesellschaft, die sich nicht in Tugenden orientiert, sehr oft ohne Erfolg. Was nicht ins Bewußtsein der demokratischen Öffentlichkeit dringt, ist in der Demokratie wirkungsmäßig nicht vorhanden. Die Sichtbarmachung der Leistung ist eben in unseren Verhältnissen ein Teil der Leistungsqualifikation überhaupt, ein Teil der Voraussetzung zum Erfolg.

Ich glaube, man hat der CDU zurecht den Vorwurf gemacht, sie habe zwar vieles geleistet, aber sie habe es schlecht verstanden, das was sie geleistet hat, entsprechend ins öffentliche Bewußtsein zu bringen.

Diese als Gespräch charakterisierte Öffentlichkeitspolitik vollzieht sich haupt-

haben uns in den vergangenen Jahren bitter gefehlt. Und das kann in Zukunft zu einer schweren Belastung für unsere Partei werden.

Es geht dabei in keiner Weise um eine Amterpatronage. Für uns bleibt Gesetz, daß bei den Beamten und Angestellten die sachliche Leistungsfähigkeit entscheiden an erster Stelle rangiert. Die Parteibuchbeamten, also unfähige Leute, die nur ein Mitgliedsbuch besitzen, können nicht das Ziel der Personalpolitik der CDU sein. Aber für Ehren- und Wahlämter meine Freunde, ist und muß es natürlich selbstverständlich sein, daß die Parteilichkeit nicht nur vorgesehen, sondern auch berücksichtigt wird. Hier ist die Vertretung einer bestimmten politischen Meinung die Hauptaufgabe.

Zur Personalpolitik gehört der sinnvolle Einsatz der Kräfte unserer Mitglieder innerhalb der Partei. Dazu gehören auch die bewußte Förderung von jungen Talenten und die Fortbildung der jüngeren Mitarbeiter, also eine sorgfältige und bewußte Nachwuchspflege. Dazu gehört aber auch die vernünftige Integration der besoldeten Kräfte, also der angestellten Mitarbeiter in der Partei. Ich meine, hier ist bei uns noch nicht alles in Ordnung. Wir haben so die Vorstellung des hauptamtlichen in der Partei Tätigen als eines Funktionärs aus dem traditionellen Parteiwesens übernommen. Die Zeiten sind aber längst vorbei. Was eine moderne Partei zu leisten hat, verlangt von einem hauptamtlichen Mitarbeiter eine solche Vielfalt von Qualifikationen, daß schon von der Seite her es in keiner Weise mehr berechtigt erscheint und berechtigt ist, unsere hauptamtlichen Mitarbeiter als Funktionäre zu behandeln.

sächlich auf zwei Wegen. Der erste ist die Öffentlichkeitsarbeit mit Hilfe der Publizistik. Die Aufgabe der CDU ist dabei nicht nur, den Einfluß der Partei auf die Presse in Bonn herzustellen, sondern in der ganzen Breite der Organisation, d. h., also auch in den Landesverbänden und direkt bei den Kreisverbänden. Die Regionalpresse und die Heimatpresse und hier nicht zuletzt die Lokalteile der Heimatzeitungen, sind für die Meinungsbildung des Wählers wie des Parteimitglieds von großer Bedeutung.

Zur Informationsarbeit gehört aber auch die innerparteiliche Information. In einem demokratisch aufgebauten und föderalistisch gegliederten Verband wie die CDU, ist die Information das wesentliche Führungsmittel überhaupt. Das ist die Aufgabe der innerparteilichen Pressearbeit und hier habe ich doch den Eindruck, daß wir uns in der Vergangenheit eine zu große Aufsplitterung nach einzelnen Interessengebieten geleistet haben. Ich glaube, wir müssen auch in unseren Presseorganen etwas mit der Integration beginnen, die wir in unserer Partei, in unserem Volk als Ziel und Aufgabe unserer Arbeit sehen.

Der zweite Weg ist die systematische Öffentlichkeitsarbeit. Hier sind wir nicht abhängig von Redaktionen, denen wir nicht vorschreiben können, was sie und wie sie Nachrichten über uns zu bringen haben, in der systematischen Öffentlich-

Fortsetzung Seite 4

Um die Zukunft Europas

EUCD-Vertreter berieten in Österreich europäische Probleme

Die Zukunft der europäischen Gemeinschaften ist noch weitgehend ungeklärt. Gerade die christlich demokratischen Parteien Europas bemühen sich darum, nationale Vorurteile abzubauen und zu einer zufriedenstellenden Konzeption zu kommen.

Diesem Ziel diente auch eine Tagung, die am vergangenen Wochenende in Kleßheim bei Salzburg christlich demokratische Politiker im Rahmen der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD) zusammenführte. Die CDU war durch ihr Geschäftsführendes Präsidialmitglied, den Vizepräsidenten der EUCD, Bundesminister Dr. Bruno Heck, sowie durch Bundesminister Dr. Krone und den CDU-Bundesgeschäftsführer Dr. Kraske, MdB, vertreten.

Neben der Arbeit der Europäischen Union Christlicher Demokraten stand die zukünftige Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften im Mittelpunkt der Tagung. In einem Grußwort an den österreichischen Bundeskanzler Dr. Klaus Natte Bundeskanzler Prof. Erhard an die Mitglieder der EUCD appelliert, ange-

sichts der Gefahren und Bedrohungen, denen die freien Völker Europas ausgesetzt seien, auch in Zukunft fest zusammenstehen. Die verantwortlichen christlichen Kräfte Europas müßten alles daransetzen, ihren Völkern und den kommenden Generationen Frieden, Freiheit und Sicherheit zu erhalten. Deshalb sei es notwendig, das europäische Einigungswerk voranzutreiben. Dieser Aufgabe, heißt es im Grußwort des Kanzlers abschließend, fühlten sich alle christlichen Demokraten verpflichtet.

An der Tagung nahmen u. a. der italienische Ministerpräsident Moro, der Präsident der EUCD und Generalsekretär der Democrazia Cristiana, Mariano Rumor, der belgische Ministerpräsident von den Boyenants sowie der holländische Ministerpräsident Dr. Cals teil.

Für den Jugendaustausch

Bundesfamilienministerium stellt 8,6 Millionen DM bereit

Das Bundesministerium für Familie und Jugend stellt aus dem Bundesjugendplan in diesem Jahr insgesamt 8,6 Millionen DM für die Förderung der internationalen Jugendbewegung und des Jugendaustausches bereit. Diese Maßnahmen hält Bundesfamilienminister Dr. Bruno Heck für besonders wichtig.

Für Begegnungen zwischen deutschen und ausländischen Jugendgruppen im Bundesgebiet und im Ausland werden 2,8 Millionen DM gewährt. Hierzu gehören u. a. Berlinfahrten in Verbindung mit internationalen Jugendbegegnungen, Israelfahrten und Begegnungen mit Jugendlichen aus osteuropäischen Staaten. Empfänger sind die Verbände des Deutschen Bundesjugendringes, des Ringes politischer Jugend, die Studentenver-

bände und sonstige zentrale Jugendverbände.

Die internationalen Begegnungen derjenigen Jugendgruppen, die keinem dieser zentralen Verbände angehören, werden mit 1,5 Millionen DM gefördert. — 1,25 Millionen DM stehen für freiwillige Jugendarbeitslager der internationalen Jugendgemeinschaftsdienste in der Bundesrepublik und im Ausland zur Verfügung. Zu diesem Intensiv-Typ internationaler Jugendbegegnungen zählen die Jugendlager in Verbindung mit der Betreuung von Kriegsgräbern durch Jugendgruppen im Ausland.

Für die Verstärkung des europäischen Jugendaustausches im Rahmen der Kulturabkommen und anderer Regierungsvereinbarungen, z. B. mit Großbritannien, den Niederlanden, Belgien, Spanien, Italien und skandinavischen Ländern, sind 1,5 Millionen DM bestimmt. Aus diesen Mitteln sollen vorwiegend zentrale Veranstaltungen, Modell-Programme sowie Kurse und Fachtagungen für leitende Mitarbeiter und Multiplikatoren angeregt und gefördert werden.

1,55 Millionen DM sind für jugendpolitische Maßnahmen mit Entwicklungsländern, für europäische Jugendlager in Deutschland, für die Intensivierung des außereuropäischen Jugendaustausches, für die Ausbildung und Fortbildung von Fachkräften für internationale Jugendreisen, für internationale Jugendtreffen u. a. vorgesehen.

Dr. Bruno Heck:

Das Karlsruher Urteil

Das Bundesverfassungsgericht hat gesprochen. Es hat die bisherige Form der Teilfinanzierung der Parteien aus Haushaltsmitteln für verfassungswidrig erklärt. Damit entsteht für die demokratischen Parteien in der Bundesrepublik eine völlig neue Situation.

Die demokratischen Parteien in der Bundesrepublik sahen ihre Aufgabe bisher darin, an der Meinungs- und Willensbildung des Volkes dadurch beteiligt zu sein, daß sie dem Wähler ständig Information, politische Bildung und Organisation anboten. Dazu wurden die staatlichen Zuschüsse verwendet.

Eine erste Durchsicht des Urteils zeigt, daß das Bundesverfassungsgericht für diese Aufgaben der Parteien keine staatlichen Zuschüsse mehr erlaubt. Statt dessen will das Gericht Zuschüsse aus Haushaltsmitteln für einen anderen, sicherlich nicht weniger wichtigen, aber nur in bestimmten Zeitabständen akut werdenden Teil der Arbeit der Parteien zulassen, nämlich für die Wahlkämpfe.

Das macht Umstellungen erforderlich, deren Ausmaß bestimmt groß ist, deren Einzelheiten jedoch bis zur Stunde nicht zu übersehen sind. Betroffen sind davon nicht nur die Parteien im Bunde, sondern auch in den Ländern; hier wiederum, wo unterschiedliche Regelungen für staatliche Zuschüsse an Fraktionen und Parteien gelten, wird die Überprüfung der Folgen des Karlsruher Urteils getrennt von dessen bundesweiter Wirkung untersucht werden müssen.

Soviel ist aber schon jetzt gewiß: ohne talkräftige Unterstützung der Mitgliedschaft und ohne Hilfe unserer Freunde wird die CDU es in den nächsten Monaten sehr schwer haben, ihre so wichtigen politischen Aufgaben zu erfüllen. Bisher kostenlose Bereitstellung von Informationsmaterial verschiedenster Art wird eingeschränkt werden müssen, wenn sich Mitglieder und Freunde unserer Partei nicht entschließen können, sich an den Unkosten zu beteiligen. Das sollte man aber erwarten können, damit unsere erfolgreiche Politik fortgesetzt werden kann.

Grundsatzdebatte gefordert

Vertreter der SPD- und der CDU-Fraktion des Abgeordnetenhauses haben sich dafür ausgesprochen, im Berliner Parlament nach der Sommerpause eine große politische Grundsatzdebatte zu führen. Hierbei soll endlich auch einmal vor der Öffentlichkeit dargelegt werden, inwieweit die Auffassungen in der Frage auseinandergehen, Pankows unablässigen Anerkennungsbemühungen bei den Passierscheinen oder anderen weitergehenden gesamtdeutschen Kontakten wirksam zu begegnen.

Erfolg der Friedensnote

Der Auswärtige Ausschuß des Deutschen Bundestages wird sich nach den Sommerferien mit dem Weltecho auf die deutsche Friedensnote vom 25. März 1966 beschäftigen. Dies teilte die Bundesregierung auf eine mündliche Anfrage des Bundestagsabgeordneten des Kreises Bergstraße, Dr. Carl Otto Lenz (CDU), mit:

„Ist die Bundesregierung bereit, den Bundestag zu gegebener Zeit umfassend über das Echo zu unterrichten, das die deutsche Friedensnote vom 25. März 1966 bei den Regierungen und in der Öffentlichkeit der Empfängerstaaten gefunden hat?“

Wie Dr. Lenz ergänzend dazu bemerkte, habe die in der Friedensnote dargestellte Politik der Bundesregierung in weiten Teilen der Welt eine sehr positive Aufnahme gefunden; dies habe er bei seiner Reise durch Südamerika überall feststellen können.

Das Profil der CDU

Fortsetzung von Seite 2

keitsarbeit muß das Gespräch mit den meinungsführenden Gruppen und Persönlichkeiten planmäßig und zielstrebig von uns selbst organisiert werden. Zu diesem Bereich gehört auch die Teilnahme von CDU-Politikern an Veranstaltungen von Vereinen, Verbänden oder öffentlichen Institutionen.

Ich komme zur Werbung. Wir wissen heute ziemlich genau, was Werbung ist und was sie nicht ist. Für die Politik ist die Werbung ein Hilfsmittel. Im Wahlkampf werden politische Streitfragen aktualisiert und durch eine strittige Auseinandersetzung für den politischen Gegner sichtbar gemacht. Die Werbung ergänzt den eigentlichen Wahlkampf. Sie ist ein Signal, ein Appell. Für die Interessierten wirkt sie wie ein Wegweiser zu Informationen, für die übrige Allgemeinheit wirkt sie als mahrender Ausdruck zur staatsbürgerlichen Verantwortung, also zur Wahlbeteiligung.

Die Werbung selbst macht keine Meinung. Wahlkampf und Werbung gehen ins Leere, wenn sie nicht bereits auf eine bestimmte öffentliche Meinung treffen. Das ist für uns deswegen wichtig, damit alle verstehen, warum wir bereits jetzt breit und intensiv mit der Vorbereitung der Wahlen 1969 beginnen. Nur wer diesen Prozeß der Meinungs- und Willensbildung beherrscht, kann sich mit Erfolg an diesem Prozeß beteiligen und ihm diejenige Richtung geben, die man wünscht.

Wer Mitglied einer politischen Partei ist, hat erhebliche politische Vorrechte gegenüber den Nichtmitgliedern. Rechte bedingen aber automatisch auch bestimmte Pflichten. Die Mitgliedschaft in der Union wäre wesentlich attraktiver, wenn neben einer klaren Darstellung der Rechte auch ein einigermaßen erkennbarer und zumutbarer Bereich der Pflichten eines Mitglieds bekannt gemacht würde. Mit Karteileuten kann man keine Politik machen. Mit bloßen Nahestehenden aber ebensowenig. Wir brauchen aktive mitarbeitende Mitglieder, dann wird die Frage der zahlenmäßigen Mitgliederstärke weniger wichtig erscheinen, dann fällt für die Profilierung der Partei vor allem die Qualität und die Aktivität der mitarbeitenden Mitglieder ins Gewicht.

Voraussetzung für das aktive Mitglied ist selbstverständlich die Pflichterfüllung der Partei gegenüber ihren Mitgliedern. Umfassende Information, Gewährung von Mitarbeitsmöglichkeiten und wirkliche Beteiligung an Entscheidungen bzw. an Vorentscheidungen, Abstimmungen und Parteiwahlen. Nicht in allen Teilen der Partei finden wir wirklich ordnungsgemäß die vorgeschriebenen Neuwahlen. Dadurch wird das Entstehen von sogenannten Erbhöfen gefördert. Hier ist der Zustand der Partei einer sehr kritischen Prüfung wert. Dies gilt für viele Orts- und Kreisverbände im ganzen Bundesgebiet.

Die gesamte Erfüllung dieser Aufgaben steht natürlich im unmittelbaren Zusammenhang mit der Organisation und mit der Führungsstruktur der Partei. Ich sagte schon, die bisherige Organisation und die Führungsstruktur der Partei sind nicht ausreichend, um die erforderlichen politischen Dienstleistungen in allen Bereichen erbringen zu können. Die Kreisver-

bände arbeiten heute mit zu wenigen Mitarbeitern. Der Sachverstand findet ebenso zu wenig Zugang wie die starken Persönlichkeiten aus dem allgemeinen Gesellschafts- und Wirtschaftsleben. Die organisatorische Mindeststruktur soll ja die Voraussetzungen dafür schaffen, daß freie Staatsbürger, die eben nicht in der Politik auch ihren Beruf finden wollen, die geforderten politischen Dienste sachgerecht vollbringen können.

Manchmal war die Führung der Union von einer gewissen Zufälligkeit gekennzeichnet. Ich sage das ganz offen. Bestimmte Führungspersönlichkeiten drückten hier eben ihren Stempel auf. Das war zum Teil sehr erfolgreich. Aber ein Gesamtwille der Partei ist bei uns nur selten und dann nur spontan und improvisiert zum Ausdruck gekommen. Das mag unter den Bedingungen der Aufbaujahre nützlich gewesen sein. Heute aber, in der Normalität unserer Wohlstandsgesellschaft, geht das einfach nicht mehr, zumal

die politischen Entscheidungen heute immer technischer und immer fachlicher und damit immer undramatischer und glanzloser werden.

Die Parteiführung bedarf einer klaren Willensbildung innerhalb der Partei, einer Willensbildung, die durchaus auch von oben nach unten gehen muß, aber die vor allen Dingen von unten nach oben erfolgen muß. Die Parteiführung bedarf dazu auch einer gewissen Autorität. Man muß den Eindruck haben, daß der Aufbau der CDU der Bundesführung bisher diese Autorität weitgehend vorenthalten hat. Der Bundesvorstand hat so wenig ernsthafte Entscheidungsbefugnisse, daß man sich seinem Votum leicht entziehen kann, ohne selber irgendwelchen Schaden befürchten zu müssen. Wir müssen die Probleme der modernen Parteiarbeit, die Fragen unseres politischen Konzepts, ebenso wie Grundsätze und Aktionsprogramme, nicht zuletzt aber auch die Frage unserer Führungsstruktur im Hinblick auf den Wahlkampf 1969 sehen."

Die Bedeutung des Konzils

Grußworte Hecks und Adenauers an den 81. Deutschen Katholikentag

Auf die entscheidende Bedeutung des Zweiten Vatikanischen Konzils für das Zusammenleben der Menschen haben führende Persönlichkeiten der CDU in Grußtelegrammen an den 81. Deutschen Katholikentag in Bamberg hingewiesen.

Für das Präsidium der CDU erklärte Bundesfamilienminister Dr. Bruno Heck, Geschäftsführendes Präsidialmitglied:

„Die Christlich Demokratische Union sendet dem 81. Deutschen Katholikentag herzliche Grüße und die besten Wünsche für seine Beratungen, bei denen es darum geht, die Entscheidungen des Vatikanischen Konzils für Priester und Laien in Deutschland verständlich zu machen und deren Verwirklichung vorzubereiten. Die CDU weiß, daß das sittliche Fundament des demokratischen Staates der steten Erneuerung der sittlich-religiösen Kräfte unseres Volkes bedarf.“

Die Christlich Demokratische Union wird die Ergebnisse des Katholikentages mit dem Ernst beraten, zu dem sie sich verpflichtet weiß.“

Der Ehrenvorsitzende der CDU, Alt-bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer, erklärte u. a.:

„Dieser Katholikentag, der erste nach Beendigung des Zweiten Vatikanischen Konzils, hat sich zur Aufgabe gestellt, die Verwirklichung der Beschlüsse und Anregungen des Konzils in Deutschland vorzubereiten. Das ist eine Aufgabe von entscheidender Bedeutung, nicht nur für die katholische Kirche, sondern für alle Menschen guten Willens. Die Grundlagen der geistigen und kulturellen Entwicklung Europas und seines Herzlandes Deutschland sind stets christlich gewesen und müssen christlich bleiben. Doch die Gefährdung wächst. Allen negativen Kräften entgegenzutreten, ist dringendes Gebot.“

Die vom Konzil eingeleitete Erneuerung der Kirche ist Hoffnung für uns alle. Wird diese Erneuerung vollzogen, so wird sie eine Wende zu einer besseren, von der geistigen Kraft des Christentums

entscheidend geprägten Zukunft sein. Immer notwendiger und bedeutsamer ist darum auch das politische Arrangement der Christen. Das Konzil hat die verstärkte Mitwirkung der katholischen Laien im öffentlichen Leben gefordert. Dieser Anruf zur Verantwortung und zur Schärfung des Gewissens darf nicht überhört werden.“

Strukturverbesserung im Saarland

Die bisherigen Pläne der saarländischen Regierung für die wirtschaftliche Strukturverbesserung des Saarlandes erscheinen dem Bundestagsausschuß für das Bundesvermögen, der insbesondere auch für die ERP-Wirtschaftshilfen zuständig ist, nicht ausreichend. Nach Ansicht des Ausschusses ist eine stärkere Konkretisierung eines für das Saarland gültigen Strukturprogramms nötig. Für die Beratung der ERP-Wirtschaftspläne in den kommenden Rechnungsjahren hat er dem Saarland eine „wohlwollende Förderung“ in Aussicht gestellt.

Der Bundestagsausschuß befindet sich dabei in voller Übereinstimmung mit dem Bundesschatzminister. Wie Dr. Dollinger ankündigte, soll das 2. Saar-Umstrukturierungsprogramm, das 1965 in Angriff genommen wurde, beträchtlich erweitert werden. Für das Programm, das 1965 mit 30 Mill. DM und 1966 mit 15 Mill. DM bedacht wurde, sollen bis 1969 insgesamt 115 Mill. DM bereitgestellt werden. Außerdem wird auch ein guter Teil der ERP-Hilfe für Strukturmaßnahmen in Bergbaugebieten (im ERP-Wirtschaftsplan 1967 sind dafür 60,5 Mill. DM vorgesehen) dem Saarland zugute kommen.

Durchgreifende Reform

Rheinland-Pfalz vereinfacht seine Verwaltung

Die Verwaltung in Rheinland-Pfalz wird in einem Ausmaß vereinfacht, wie es bisher noch in keinem Bundesland der Fall gewesen ist, erklärte Ministerpräsident Altmeier nach der einstimmigen Annahme des „ersten Landesgesetzes über die Verwaltungsvereinfachung“ vor dem Landtag.

Die Landesregierung, die jetzt bereits im zwanzigsten Jahre von der CDU geführt wird, hat ihr wiederholt gegebenes Versprechen wahrgemacht. Sie hatte dem Landtag im März des vorigen Jahres einen vollständigen Gesetzentwurf über die Vereinfachung der Verwaltung samt einer umfassenden Denkschrift über alle Einzelheiten dieses Werkes vorgelegt. Was jetzt vom Landtag beschlossen wurde, ist zwar nicht das gesamte Gesetz, so wie es die Regierung entworfen hatte, sondern nur ein Ausschnitt daraus, aber auch dieses Teilgesetz oder diese „erste Phase“ der Gesamtaktion, weist bereits einen recht beachtlichen Umfang und Inhalt auf, der die Äußerung des Ministerpräsidenten durchaus rechtfertigt.

Der Sonderausschuß, den der Landtag für die Behandlung der Vorlage eingesetzt hatte, wollte ursprünglich an erster Stelle über das Problem der Beibehaltung der Mittelinstanz und über die Zahl der für Rheinland-Pfalz notwendigen Bezirksregierungen Beschluß fassen. Auf Grund mehrerer wissenschaftlicher Gutachten kam er jedoch zunächst nur zu dem Grundsatzbeschuß, daß die Bezirksregierungen prinzipiell beizubehalten sind. Über ihre Zahl zu entscheiden, war ihm noch nicht möglich, weil dieses Problem zu eng mit einer Reihe anderer Fragen, beispielsweise der Reform der Kreiseinteilung, verbunden ist. Der Ausschuß beschloß daher, daß in der jetzigen Legislaturperiode (die im nächsten März zu Ende geht) nur eine Reihe anderer Fragen geregelt werden sollen, das Problem der Bezirksregierungen und anderes aber zurückzustellen sei. So ist in das erste Gesetz die durchgreifende Reform der Amtsgerichte aufgenommen worden. Ihre Zahl wird von 91 auf 61 verringert (wobei vor allem die sogenannten „Einmanngerichte“ beseitigt werden). Die Gerichtsbezirke werden neu abgegrenzt und die Zahl der Arbeitsgerichte von 10 auf 4 reduziert. Zu diesen Maßnahmen, die nur auf legislativem Wege durchgeführt werden können, kommt eine große Zahl anderer Reformen hinzu, die von der Landesregierung auf administrativem Wege realisiert werden können, nachdem das Gesetz sozusagen das Startzeichen dafür gegeben hat. Hierzu gehören die Verringerung der Zahl der Finanzämter von 46 auf 33, der Wegfall von 5 Forstämtern und 135 Förstereien, sowie einer Anzahl anderer kleinerer Behörden, wie z. B. Katasterämtern und Eichämtern.

Der Umstand, daß der Sonderausschuß und der Landtag entgegen dem Verlangen der Regierung, daß die Gesamtkonzeption der Vorlage unbedingt gewahrt werden müsse, jetzt nur einen ersten Ausschnitt verabschiedet hat, erklärt sich aus der Fülle von Widerständen und Protesten, die aus dem ganzen Land geltend gemacht worden sind. Sogar mit Verfas-

sungsklagen ist gedroht worden. Damit hatte man gerechnet, und der Ministerpräsident hatte bereits bei der Vorlage des Gesetzes erklärt, wer lokale Interessen vor das Gesamtinteresse stelle, der brauche von einer Reform überhaupt nicht zu reden.

Von dieser Schwierigkeit sind alle drei Fraktionen gleichermaßen betroffen, aber sie sind auch einig in dem Willen, das Werk trotzdem fortzuführen. Als den einzig möglichen Weg hat man dazu einen

Fernsehen und Hörfunk

Fehlanzeige

Jedes Jahr um diese Zeit machen Millionen deutscher Urlauber die Erfahrung, daß, wenn sie die Grenzen der Bundesrepublik passiert haben, bald Schwierigkeiten haben, deutsche Rundfunksender in ausreichender Qualität zu empfangen. Wenn man gar noch die Alpen zwischen sich und die Heimat legt, merkt man bald, daß die Stimmen Deutschlands im ausländischen Äther nur sehr schwach vernehmbar sind. Wer es nicht glaubt, dem sei die Nachahmung folgenden Experimentes empfohlen: Man nehme ein leistungsfähiges Rundfunkgerät, das auch über einen Kurzwellenteil verfügt, und versuche am Strand der Adria vier Wochen lang regelmäßig und hartnäckig, deutsche Sender zu empfangen. Es wird niemand bestreiten können, daß das Ergebnis dieses Experimentes mit Sicherheit nicht sehr positiv ausfällt. Es ist zwar durchaus nicht so, daß man keine deutschen Laute aus dem Lautsprecher hören kann. Nur haben sie im Regellall entweder einen schweizerischen oder aber einen österreichischen Akzent. Oder gar kommen sie aus Ostberlin, und das macht die Sache nicht erfreulicher. Nach vier Wochen weiß man ziemlich genau, wo man zur Not einen westdeutschen Nachrichtendienst hören kann. Es zeigt sich, daß manche Landesrundfunkanstalten klug waren, als sie nicht darauf verzichteten, ihr Programm auch über Kurzwellen auszustrahlen. Das gilt insbesondere für den Bayerischen Rundfunk, dessen Programm man auf der Kurzwellen einigermassen vernahmbar empfangen kann. Dann und wann erzielt man auch Zufallsresultate, die ganz von den atmosphärischen Verhältnissen abhängig sind. So kann man beispielsweise das Glück haben, das zweite Programm des RIAS auf der Kurzwellen in Süditalien in recht guter Qualität hereinzubekommen. Forscht man dann später wieder auf der gleichen Wellenlänge nach, hört man gar nichts mehr. Besser ist zwar der Empfang in den Nachtstunden, aber wer opfert im Urlaub schon gerne seine Nachtruhe, um zu erfahren, was in der Welt vor sich geht?

Verfassungsbefehl an den kommenden Landtag gewählt, indem mit der erforderlichen Mehrheit in das erste Gesetz auch eine Verfassungsänderung aufgenommen wurde. Diese besagt, daß in die Landesverfassung als neuer Artikel 143 a die Bestimmung aufgenommen wird: „Um die weitere stufenweise Durchführung der Verwaltungsvereinfachung zu gewährleisten, wird die Regierungsvorlage ... vom Landtag in seiner sechsten Wahlperiode weiterberaten, ohne daß sie erneut eingebracht werden muß.“ Das bedeutet eine Ausnahme von dem sonst überall als ungeschriebener Verfassungsgrundsatz anerkannten Prinzip der Diskontinuität, wonach mit jedem Parlament auch alle noch nicht erledigten Vorlagen „untergehen“. Das ist ein Novum in der parlamentarischen Geschichte und Gepflogenheit, aber der Landtag von Rheinland-Pfalz hat diesen Schritt riskiert, und er hofft, daß damit die Weiterarbeit an der Reform garantiert werden kann.

Wesentlich besser steht es auch nicht mit den beiden Anstalten des Bundesrechts, deren spezieller Auftrag die Versorgung Europas und Übersees ist. Auf der Höhe von Rom kann man den Deutschlandfunk nur in den Abendstunden auf seiner Mittelwelle 1538 kHz empfangen, die jedoch ab 20.00 Uhr ein fremdsprachiges Programm ausstrahlt. Er wird zudem oft von verschiedenen anderen Sendern überlagert und gestört. Die Deutsche Welle strahlt in den Sommermonaten auf Kurzwellen 49 mb ein Programm für Europa in deutscher Sprache aus, das von 17.15 bis 20.15 Uhr GMT gesendet wird. Aber auch hier ist die Empfangsqualität im von deutschen Touristen bevorzugten Italien nicht ausreichend. Beide Anstalten trifft natürlich keine Schuld daran, daß sie ihren gesetzlichen Auftrag insofern nicht genügend nachkommen können, denn nach dem Kopenhagener Wellenplan stehen ihnen keine besseren Frequenzen zur Verfügung. Es muß aber ein vorrangiges Ziel deutscher Rundfunkpolitik bleiben, hier im internationalen Rahmen eine Änderung herbeizuführen, die eine befriedigende Abhilfe schafft.

So bleiben die deutschen Italienurlauber vorläufig im wesentlichen auf einen Kundendienst angewiesen, den der italienische Rundfunk deutschen, englischen und französischen Touristen bietet. Die RAI übernimmt in der Urlaubszeit morgens und abends einen Nachrichtendienst vom Westdeutschen Rundfunk. Man tut aber den deutschen Hörern keinen Gefallen, wenn man speziell Nachrichten berücksichtigt, die einen Bezug auf Italien haben. Solcherart vorgesehene Nachrichten, die obendrein noch viel zu kurz sind, können das Informationsbedürfnis politisch interessierter Urlauber nicht befriedigen. So muß man bisher zu dem bedauerlichen Ergebnis kommen, daß die Rundfunkversorgung der deutschen Auslandsurlauber noch unzureichend ist.

ohg.

Zollunion und Agrarmarkt

EWG-Ministerrat vor Anpassungsschwierigkeiten

Der EWG-Ministerrat, der über die noch ausstehende Agrarmarktordnung und die gemeinsamen Agrarpreise berät, hat sich mit Kompromißvorschlägen zu befassen, die von der EWG-Kommission vorgelegt wurden. Es geht vor allem um die Marktordnungen für Obst, Gemüse, Zucker und Fette, sowie die Herstellung eines gemeinsamen Preisniveaus für Milch, Milcherzeugnisse, Rindfleisch, Reis, Zucker, Olsaaten und Olivenöl.

Die Verhandlungen über den Agrarmarkt stellen nicht die einzige Schwierigkeit dar, vor die sich die Verfechter eines geeinten Europa gestellt sehen. So ist beispielsweise festzustellen, daß sich allmählich in der am 1. Januar 1966 begonnenen dritten Phase der europäischen Entwicklung die einzelnen Schwerpunkte abzuzeichnen beginnen.

Einer der bedeutendsten ist die Verwirklichung der Zollunion zum 1. 7. 1968. Ebenfalls dazu gehört die fortschreitende Beseitigung der Steuergrenzen, auch wenn es noch nicht gelungen ist, ein Datum dafür festzulegen. Die Kommission ist jedoch zuversichtlich, daß mit der Entscheidung des Rates über die beiden Richtlinienvorschläge zur Einführung eines harmonisierten Mehrwertsteuersystems, die bis Anfang nächsten Jahres erfolgen soll, ein Durchbruch auf diesem Gebiet erzielt wird.

Hinsichtlich der indirekten Grenzhindernisse bleibt noch vieles zu tun; bis jetzt hat die Kommission 10 Richtlinien zur Abschaffung von Abgaben zollgleicher Wirkung erlassen und die Beseitigung von etwa 220 solcher Abgaben bei den Mitgliedstaaten erreichen können. Ferner hat sie 30 Richtlinienvorschläge für die Harmonisierung technischer Maßnahmen gemacht, die den Handelsverkehr behindern, von denen der Rat inzwischen 10 verabschiedet hat. In der Frage der staatlichen Handelsmonopole stehen die schwache Vertragsgrundlage (die Kommission kann nur Empfehlungen erteilen) und die unzulängliche Formulierung des Vertragsartikels 37 einer wirksamen Aktion im Wege.

Mit gewissen Schwierigkeiten sind noch die Arbeiten auf dem Gebiet des Niederlassungsrechts und freien Dienst-

leistungsverkehrs verbunden. Die Kommission hat seit Beginn der zweiten Stufe dem Rat 34 Richtlinienvorschläge vorgelegt, von denen noch 18 zu verabschieden sind; weitere Vorschläge werden im Laufe des Jahres folgen.

Im Rahmen der europäischen Wettbewerbspolitik bleibt das Ziel der Verhinderung gemeinschaftsschädigender Zusammenschlüsse und des Mißbrauchs marktbeherrschender Positionen weiterhin aktuell, ebenso wie die Frage einer wettbewerbsneutralen Ausgestaltung des Gesellschafts- und Steuerrechts. Darüber hinaus ist aber immer deutlicher geworden, daß die Konkurrenz innerhalb der Gemeinschaft wie auch von außerhalb Vergrößerungen durch Konzentration, Fusion, Beteiligungen und Gründung von Tochtergesellschaften in vielen Fällen wünschenswert, manchmal sogar lebensnotwendig macht, zumal auch die Frage des technischen Fortschritts häufig eine Frage der Unternehmensgröße ist.

England in die EWG

Deutsches Interesse am EWG-Beitritt Großbritanniens

Die Bundesregierung bejaht nach wie vor den Eintritt Großbritanniens in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Diese Ansicht vertrat Bundeswirtschaftsminister Kurt Schmücker in einem Zeitungsinterview.

Entgegen der französischen Auffassung, daß gegen einen Beitritt Großbritanniens zur EWG für den Fall nichts einzuwenden sei, wenn England alle damit verbundenen Verpflichtungen ohne Abstrich übernehme, vertrat der Bundeswirtschaftsminister die Ansicht, daß die britische Regierung in einigen Fällen auf Ausnahmen nicht verzichten könne. Allerdings sollten diese Begünstigungen in vertretbarem Rahmen gehalten werden und für die anderen Partnerstaaten zumutbar sein.

Auf die präzise Frage, ob die Bundesregierung bei möglichen Beitrittsverhandlungen die besondere Verbundenheit Großbritanniens mit den Ländern des Commonwealth zu respektieren gedenke, antwortete Schmücker: „Die Verbundenheit mit dem Commonwealth respektieren wir nicht, sondern wir halten sie sogar für notwendig. Sie soll deshalb, so weit es geht, aufrechterhalten werden.“ Die Form der Zusammenarbeit dürfe allerdings keine Wettbewerbsverzerrung bringen; sie müsse vielmehr einen Ausgleich der Interessen beider Seiten gewährleisten.

Abschließend erklärte Bundeswirtschaftsminister Schmücker zu dem Gedanken, eine solche Entwicklung könne gleichzeitig der EWG interessante und ergiebige

In dem Memorandum der Kommission zum Gesellschaftsrecht sind notwendige zusätzliche Voraussetzungen für Konzentrationsbewegungen bereits angedeutet; weiterhin wird darin die Schaffung der Rechtsform einer europäischen Gesellschaft zur Diskussion gestellt, in der sich europäische Unternehmer konstituieren können, die dann in gleicher Weise Zugang zu den Produktionsfaktoren in allen Mitgliedstaaten haben und nicht mehr nur einem Mitgliedstaat rechtlich zugeordnet sind. Zur Angleichung der Wettbewerbsbedingungen gehört auch die Beseitigung der Diskriminierung und Wettbewerbsverfälschungen auf dem Gebiet der Verbrauchsteuer und der direkten Steuern. Hier ist die Kommission noch bei den Vorarbeiten zur Formulierung ihres endgültigen Standpunktes. Für Wettbewerbsverzerrungen infolge unterschiedlichen Wirtschaftsrechts liegen der Kommission Arbeitsergebnisse vor. Noch bis Jahresende sollen Richtlinienentwürfe vorgelegt werden, um Wettbewerbsverzerrungen infolge von Diskriminierungen im öffentlichen Auftragswesen zu beseitigen. — Auch weiterhin wird sich die Kommission intensiv mit den Fragen der gemeinsamen Konjunkturpolitik, der Währungspolitik und der Befreiung des Kapitalverkehrs beschäftigen müssen.

Im Bereich der Sozialpolitik sind Arbeiten im Gange, um das Koordinationsystem für Wanderarbeitnehmer, von dem etwa 2 Millionen betroffen sind, zu vereinfachen. Neue konkrete Initiativen sind zur Berufsausbildung vorgesehen.

Märkte erschließen, daß die Bundesrepublik in der EWG schon stets für eine weltoffene Handelspolitik eingetreten sei. Der Minister kündigte an, daß auch unabhängig von einem EWG-Beitritt Großbritanniens die Wirtschaftsbeziehungen mit dem Commonwealth in nächster Zeit verstärkt werden müßten.

Gut geordnet

Immer wieder wird in der Bundesrepublik Kritik an der gesundheitspolitischen Vorsorge geäußert. Ein Vergleich zwischen der Bundesrepublik und anderen Ländern macht aber deutlich, daß bei uns — zumindest was die Zahl der zur Verfügung stehenden Ärzte angeht, das Bestmögliche getan ist. In der Bundesrepublik entfällt ein Arzt auf 697 Einwohner. Schon in den Vereinigten Staaten verschlechtert sich dieses Verhältnis auf 760 Einwohner, die von einem Arzt betreut werden müssen. Besonders schlecht sieht es damit in den sogenannten Entwicklungsländern aus: In Brasilien muß ein Arzt 2500 Einwohner betreuen, in Indien 5800, in Kenia 11 000 und in Ghana 21 000, in Afghanistan 32 000 und in Äthiopien 96 000. In diesem Land praktizieren insgesamt nur 230 Mediziner.

SED-Freiwillige für Vietnam

In einer geheimen Umfrage hat die Führung der sowjetzonalen Volksarmee ermittelt, wer von den länger dienenden Soldaten bereit ist, als Freiwilliger nach Vietnam zu gehen. Als erste Einheiten würden Ausbilder der technischen Verbände die Reise nach Vietnam antreten. Ausgewählt sind vorerst nur Offiziere und Unteroffiziere. Angeblich sollen sich Geräte und Waffen, die von der Sowjetunion geliefert werden, bereits für eventuell einzusetzende Freiwilligenverbände in Nordvietnam befinden. Es ist nicht bekannt, ob Freiwilligeneinheiten der Volksarmee bereits besonders für den Einsatz in Vietnam geschult worden sind.

VERTRIEBENE und FLÜCHTLINGE

Fest gegenüber dem Osten

Gegen Verzichtserklärungen von Jugendorganisationen

Auf einer Veranstaltung der Ackermann-Gemeinde in Frankfurt wandte sich der CDU-Vertriebenenpolitiker Richard Hackenberg, MdL, entschieden gegen Äußerungen, die in letzter Zeit von einzelnen Jugendorganisationen hinsichtlich des deutschen Standpunkts in der Oder-Neiße-Frage abgegeben wurden.

Bundesregierung hält Wort

Die Bundesregierung hat den Vorwurf, sie sei in der Frage des Lastenausgleichs wortbrüchig geworden, scharf zurückgewiesen. Staatssekretär von Hase erklärte, daß die 19. LAG-Novelle nicht verworfen, sondern nur kurzfristig vertagt worden sei. Es sei nicht zu umgehen gewesen, ein derartiges Gesetz in eine langfristige Finanzplanung einzubeziehen. Schon Ende August werde das Gesetz wieder „auf dem Tisch liegen“.

Mann mit Mumm

Tag für Tag werden Berliner und Berlinbesucher an den Zonenkontrollstellen von Vopos aufgehalten und behelligt. Das gehört leider zur kommunistischen Routine und wird in den wenigsten Fällen gemeldet oder registriert. Kürzlich wurde erneut der Berliner Abgeordnete Gert Mollin von Zonenbediensteten in Marienborn behindert. Dreieinhalb Stunden hielten sie ihn fest und schnüffelten in seinen persönlichen und dienstlichen Unterlagen herum. Gert Mollin aber sah sich diese Schikane nicht schweigend an. Er erhob lautstark Einspruch und wird seinen Protest auch an die zuständigen Bundesstellen weiterleiten. Und als ihn ein Vopo mit den Worten ansprach, „also Sie sind einer von den Ultras“, konterte Mollin: „Ich bin ein Heimatvertriebener, der die Ehre hat, in ein freies Parlament gewählt worden zu sein, und als Sprecher der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen sage ich dort wie auch hier jedem Mann deutlich meine Meinung.“

Dank an Kindermann

Der Vorsitzende des CDU/CSU-Landesverbandes Oder-Neiße und Berliner Bundestagsabgeordnete Josef Stingl hat Weihbischof Kindermann den Dank der Heimatvertriebenen für seinen unermüdelichen Einsatz zugunsten der Menschen aus Ostdeutschland ausgesprochen. Anlässlich einer Tagung des Sudetendeutschen Priesterwerks in Königstein (Taunus), auf der er über die gegenwärtige politische Situation sprach, nannte Stingl das Wirken Kindermanns beispielhaft. Kindermann war erst kürzlich mit der Würde eines Weihbischofs ausgezeichnet worden.

Was Jungdemokraten meinen

Der Vorstand der Jungdemokraten, eine FDP-Organisation, hat die Bundesregierung aufgefordert, bei allen politischen Entscheidungen und Erklärungen von der „endgültigen Grenzziehung an der Oder/Neiße“ auszugehen. Nach Ansicht der FDP-Jungpolitiker müßte der Verzicht auf Ostdeutschland vor allem bei landmannschaftlichen Treffen zum Ausdruck kommen.

Hackenberg sagte, die Ostpolitik der Bundesregierung berücksichtige nicht in einseitiger Weise die Anliegen der Vertriebenen, wie vielfach behauptet wird, sondern sei Ausdruck des Willens der überwältigenden Mehrheit des ganzen Volkes.

Dies komme übrigens in der Einstellung aller drei im Bundestag vertretenen Parteien zur Geltung, die in den Grundfragen der Nation übereinstimmen. Hackenberg sagte u. a.:

„Ich wende mich entschieden gegen ein Verschenken von Rechtspositionen in der deutschen Ostpolitik. Es liegen bisher keine Anzeichen auch nur eines einzigen kommunistisch regierten Landes vor, die für ein Einlenken in der Frage der Wiedervereinigung sprächen. Im Gegenteil, Moskau beharrt nach wie vor auf der für alle Deutschen unzumutbaren Berlin-Klausel. Die sowjetische Haltung gegenüber Berlin ist stets ein Prüfstein für die weiteren Absichten Moskaus in der Deutschlandfrage gewesen. Auch die polnische Außenpolitik läßt keinen Willen erkennen, mit Deutschland in ein ehrliches Gespräch zu kommen.“

Die unfreundliche Reaktion auf die deutsche Friedensnote und die fortgesetzten Angriffe des Gomulka-Regimes gegen den polnischen Episkopat, der es wage, zur Verständigungsbereitschaft gegenüber den Deutschen aufzurufen, seien ein Beweis dafür. „Wir sind bereit zum fairen Ausgleich der Interessen zwischen unserem Volke und allen östlichen Nachbarvölkern. Wir wollen uns mit ihnen im gleichen Geiste verständigen, wie wir das mit den westlichen Siegermächten, die heute unsere Verbündeten sind, getan haben“, meinte Hackenberg. Wenn Warschau das Gespräch mit uns suche, könne es das zu jedem Zeitpunkt haben. Aber wir wollten endlich ein Zeichen des guten Willens sehen, auf das wir alle seit Jahren vergeblich hofften. Keinem deutschen Außenminister sei in der gegenwärtigen Situation des künstlich gegen die Bundesrepublik geschürten Hasses zuzumuten, ohne jede Aussicht auf Verhandlungsbereitschaft, wertvolle Verhandlungspositionen preiszugeben. Er würde dafür mit Recht zur Verantwortung gezogen werden, denn er hätte dann ein dem deutschen Wähler gegebenes Versprechen gebrochen.

Fünf CDU-Forderungen

Landesvertriebenausschuß Hessen befaßt sich mit Landtagswahl

Fünf Forderungen hat der hessische CDU-Landesausschuß der Heimatvertriebenen und Sowjetzonenflüchtlinge anlässlich einer Vorstandssitzung in Frankfurt erhoben, in der es um die Vorbereitung der Landtagswahl ging.

Um die der Eingliederung dienenden Bundesgesetze intensiver durchzuführen und die landmannschaftliche und kulturelle Arbeit weiter zu fördern, hat der Vertriebenausschuß gefordert, daß

- dafür gesorgt wird, alle Lastenausgleichsmaßnahmen rasch und reibungslos durchzuführen;
- ältere und alleinstehende Vertriebene und Flüchtlinge im sozialen Wohnungsbau besonders berücksichtigt werden;
- die Eingliederung der vertriebenen Bauern weiter vorangetrieben wird;
- der Ostkundeunterricht in jeder Form weiter intensiviert wird und
- daß die Landmannschaften und ihre Arbeit weiter ideell und materiell unterstützt werden.

Außerdem wird mit Nachdruck gefordert, daß im Rahmen der Landespolitik bei der Pflege der Kontakte mit der Sowjetzone und den Ostblockstaaten der deutsche Rechtsanspruch gewahrt wird.

Wie der Vorsitzende des Ausschusses, der Bundestagsabgeordnete Dr. Hermann

Götz, in diesem Zusammenhang erklärte, müsse man den Eindruck gewinnen, als ob die SPD damit begänne, die Grundsätze der Deutschlandpolitik, zu der sich bisher alle demokratischen Parteien in der Bundesrepublik bekannt hätten, infrage zu stellen. „Die Bundesregierung muß bei der Wahrnehmung deutscher Lebensinteressen hart bleiben.“

Dem Wahlvorbereitungsausschuß wurden die Landtagsabgeordneten Richard Hackenberg, Hedwig Matuschek, Dr. Rudolf Kurtz und Hildegard Schnell in der Reihenfolge vorgeschlagen, in der sie bereits bei der letzten Wahl auf der Landesliste kandidiert haben.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, verantwortlich für die Redaktion: Heinz Winkler, A. G. Grütznert, beide Bonn, Nassestraße 2, Telefon 5 29 31 — Verlag: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 2 31 40 — Bezugspreis: monatlich 1,— DM — Banken: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Postscheck-Konto Köln 193 795, Commerzbank Bonn Nr. 12 493 — Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.

Ins eigene Fleisch ...

Berliner Schulpolitik erschwert Lösung des Arbeitskräfteproblems

Im Berliner Senat liebt man Extratouren. Eine erneute Bestätigung dafür bietet die Schulpolitik. Entgegen der nahezu einheitlichen und zügigen Umstellung des Schuljahresbeginns auf den Herbst in allen Bundesländern, wird es in Berlin zwei nebeneinander laufende Schulsysteme geben. Erst in 13 Jahren wird der Prozeß der Umstellung auch in Berlin vollzogen sein.

Das ist im wesentlichen der Inhalt der von der Berliner SPD/FDP-Koalition getroffenen Regelung für die Umstellung des Schuljahresbeginns und der damit verbundenen Änderung des Berliner Schulgesetzes. Der Sinn der Umstellung, möglichst kurzfristig zu einem einheitlichen Schuljahresbeginn im gesamten Bundesgebiet zu gelangen, ist durch die Berliner Sonderregelung entwertet worden.

Diesen Standpunkt vertrat auch die Berliner CDU bei der entscheidenden Sitzung im Abgeordnetenhaus. Die von acht Bundesländern angenommene sogenannte süddeutsche Lösung mit zwei Kurzschuljahren zu je acht Monaten und eine Zäsur zum 1. Dezember, glaubte der Berliner Senator Evers nicht akzeptieren zu können, weil es eine „Verkürzung der Schulzeit“ bedeutet hätte. In diesen sauren Apfel aber haben auch die übrigen Länder beißen müssen.

Stattdessen hatte Evers für das doppelt zählende Langschuljahr von 12 plus 4 Monaten plädiert, allerdings mit der Einschränkung, dieses Verfahren nur auf die Gymnasien, nicht aber auch auf die Haupt- und Realschulen anzuwenden. Faktisch hätte dies eine Verkürzung der Gymnasialschulzeit um 8 Monate bedeutet, und es wäre Evers auf halbem Wege ermöglicht worden, die 10jährige Hauptschulzeit für Berlin einzuführen und die Gymnasialjahre um ein, von 13 auf 12 zu reduzieren. Bei diesem Plan hatten Evers Senatskollegen aber nicht mitge-

spielt. Sie gruben dagegen einen Plan aus, der die Herbst-Oster-Ordnung vorsah. Damit desavouierten sie zwar Evers, setzten sich aber gleichzeitig auch über die bundeseinheitliche Lösung hinweg.

Die Auswirkungen dieser schulpolitischen Sonderregelung berühren, und das

ist vom Senat offenbar nicht rechtbedacht worden, ein lebenswichtiges Problem Berlins: den vielbeklagten Arbeitskräftemangel. Erst kürzlich wieder appelliert der Senat eindringlich an Arbeitskräfte der Bundesrepublik, nach Berlin zu kommen. Jeder Westdeutsche dürfte sich in Zukunft reichlich überlegen, ob er angesichts der sehr nachteiligen Schulregelung nach Berlin übersiedelt. Er würde bei einem abermaligen Wechsel zu schwer gestraft.

Beim Betrachten dieser Zusammenhänge scheint die Vernunft bei solchen weitreichenden Entscheidungen im Berliner Senat recht kleingeschrieben zu werden. Anders ist das jüngste separatistische Lehrjungenstück nicht zu erklären, mit dem man sich ins eigene Fleisch schneidet.

Gleiche Ausbildungschancen

Forderungen der Jungen Union zur Bildungspolitik

Der Bundesvorstand der Jungen Union Deutschlands begrüßte in seiner Sitzung am 18. Juli in Berlin die Empfehlung des Wissenschaftsrates zur Studienreform und sprach sich für ein Ausbildungsbeihilfegesetz aus.

Die Junge Union hält es für dringend notwendig, daß sich die Hochschulen mit diesen Empfehlungen umgehend und gründlich befassen. Die Hochschulen sollten die Initiativen der Empfehlungen aufgreifen, die vorgeschlagene Gliederung des Studiums in die Wirklichkeit umsetzen, wobei die Eigenarten der einzelnen Disziplinen berücksichtigt werden müssen. Die Junge Union erwartet weiter, daß Parlamente und Regierungen sich für die Verwirklichung zielstrebig einsetzen und alle erforderlichen Voraussetzungen schaffen. Die Prüfungsanordnungen sind den neuen Anforderungen entsprechend zu gestalten. Staat, Wirtschaft und Ver-

bände sollten die neuen Ausbildungsziele als Qualifikation für den Eintritt in den akademischen Beruf anerkennen. Die Junge Union drängt darauf, daß die Empfehlungen des Wissenschaftsrates rechtzeitig verwirklicht werden.

Seit langer Zeit tritt die Junge Union für die Verabschiedung eines Ausbildungsbeihilfengesetzes ein. Nach dem Entwurf sollen alle Deutschen, die zwischen dem 14. und 30. Lebensjahr ihre Ausbildung beginnen, einen gesetzlichen Anspruch auf staatliche Ausbildungsbeihilfe erhalten, wenn ihr eigenes oder familiäres Einkommen und Vermögen nicht ausreichend ist und sie für die angestrebte Schul- oder Berufsausbildung geeignet sind. Diese Beihilfen sollen für die Dauer der Ausbildung in der Regel als Stipendien gewährt werden.

Wie die Junge Union erklärte, würde sie die Verabschiedung eines Gesetzes als Erfolg ihrer Bemühungen betrachten, allen jungen Deutschen eine qualifizierte Schul- und Berufsausbildung zu sichern. Die Junge Union, die sich im übrigen für Einbeziehung der Studentenförderung in dieses Gesetz einsetzt, sieht in einem einheitlichen und gezielten Ausbildungs-förderungsgesetz die beste Garantie für die Chancengleichheit in der Ausbildung.

Koordinierung und Kooperation

Deutsche Wissenschaftspolitik kommt an Prioritäten nicht vorbei

Bundeswissenschaftsminister Dr. Stoltenberg trat am Wochenende in Saarbrücken dafür ein, angesichts der komplexen Aufgaben der Wissenschaft koordinierende Gremien zu schaffen, um eine wirksame Wissenschaftspolitik zu ermöglichen.

Dr. Stoltenberg ist sich darüber klar, daß nicht alle Möglichkeiten, die die Wissenschaft heute bietet, auch wirklich ausgeschöpft werden können, zumal immer größere Forschungsprobleme auf uns zukommen. Allein die sachliche Autorität habe bei der Auswahl der Forschungsgegenstände zu entscheiden, ohne daß dabei der Grundsatz der Freiheit der Forschung angetastet werden dürfe.

Besonders wichtig ist nach Ansicht des Bundeswissenschaftsministers eine Kooperation internationalen Ausmaßes in der Atom- und Weltraumforschung. Hier handele es sich um Projekte, die auf nationaler Ebene nicht zu lösen seien.

Minister Dr. Stoltenberg räumte ein, daß der momentane Leistungsstand der deutschen Wissenschaft im internationa-

len Vergleich noch nicht befriedigen könne. Ein Grund dafür sei in der raschen Entwicklung zu sehen, die oft schneller als erwartet verlaufe. Selbst die Steigerung des Bruttosozialprodukts zwischen 1955 und 1965 auf 2,1 Prozent als Anteil für die Wissenschaft sei noch nicht ausreichend gewesen, so daß bis 1970 eine nochmalige Steigerung um 0,9 Prozent auf 3 Prozent unerlässlich sei. Die wachsenden Aufgaben auf allen Gebieten der Wissenschaftspolitik, die sich besonders gravierend beim Hochschulbau abzeichneten, machten eine Beschränkung notwendig. Dazu müsse man über eine klare Konzeption verfügen. „Wer Prioritäten fordert, der muß auch bereit sein, Posterioritäten zuzugestehen“, erklärte Dr. Stoltenberg abschließend.

72,5 Mill. DM für Auslandsschulen

Nach einer Mitteilung des Auswärtigen Amtes werden den etwa 200 deutschen Auslandsschulen im laufenden Jahr 72,5 Millionen DM zur Verfügung stehen. Für das kommende Jahr ist eine Erhöhung auf 78 Millionen DM vorgesehen. Die 200 deutschen Schulen im Ausland werden von 55 000 Schülerinnen und Schülern besucht. Gegenwärtig sind 1211 deutsche Lehrkräfte an diesen Schulen tätig.